

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Vorkosten.

Insertate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 80 Pfg. für die 6 geklebte Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 39

Sonntag, den 29. September

1918

Gelbe Statistikarten

Sind dieser Nummer des „Tabak-Arbeiter“ beigelegt. Wir bitten dringend, die Karte pünktlich und vollständig ausgefüllt einzusenden.

Als Stichtag ist der 28. Sept. zu nehmen. Einsendenden sind die Karten bis spätestens 10. Okt. 1918. Diejenigen Zahlstellen, die keine Karten erhalten haben sollten, müssen dies sofort dem Vorstand mitteilen.

Beachten die Fragen Nr. 9 und 10 auf der vorderen Seite der Karte!

Die diesmaligen Angaben gebrauchen wir zur Bearbeitung für das Kaiserliche Statistische Amt und auch für die Generalkommission. Es darf uns also bei der Aufstellung keine Karte fehlen. Der Vorstand.

Taten! Taten!

Auf die Vorstellungen der Gewerkschaftsvertreter beim Reichskanzler hat dieser es für nötig befunden, seine Antwort noch schriftlich niederzulegen und sie zur öffentlichen Verurteilung in der Presse verbreiten lassen. Der Vorgang allein beweist, daß man in Regierungskreisen den Unmut der arbeitenden Bevölkerung über die Ernährungsverhältnisse kennt, daß man aber trotzdem den Forderungen der Arbeiter nach einer besseren Ernährung und Verteilung der Lebensmittel nicht nachkommen will.

In der Antwort des Reichskanzlers heißt es:

Die Schwierigkeiten der Versorgung mit Lebensmitteln, von denen die Eingabe vom 9. September 1918 handelt, werden von uns lebhaft empfunden. Seit die Wälder der Gegend, Deutschland durch Hunger zu belegen, herabzuwachen, bilden sie den Gegenstand der belanderten Aufmerksamkeit und Fürsorge der verantwortlichen Stellen. Mit den Unterzeichnern der Eingabe und allen anderen Versorgerkreisen bin ich der Ansicht, daß alles geschehen muß, um die vorhandenen Nahrungsmittel möglichst gleichmäßig zu verteilen und die aus dem Steigen der Preise erwachsenden Lasten zu mildern. Die mit der Versorgung betrauten Beamten sind unterstützt durch einen aus Mitgliedern der Parteien des Reichstags gebildeten Beirat, unablässig in dieser Richtung bemüht.

So beruhigend diese Worte klingen, weichen sie doch nicht ein iota von dem bisherigen, völlig ungenügenden System der amtlichen Ernährungspolitik ab. Die „möglichst gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel“ genügt nicht. Der Schwerpunkt liegt in der Erfassung aller Nahrungsmittel, die hinterzogen und dem Schleichhandel zugänglich gemacht werden. Hier muß die Regierung anders und schärfer vorgehen, dann werden auch mehr Lebensmittel zur gleichmäßigen Verteilung vorhanden sein.

Warum scheut sich die Regierung, diesen Weg zu betreten? Fast änsstlich bemüht sich der Reichskanzler, die Schwestern der Landwirtschaft schwarz zu malen, um den agrarischen Egoismus zu entschuldigen, der die Zurückhaltung großer Mengen von Lebensmitteln ganz offenkundig betreibt, um mehr Gewinn im Schleichhandel daraus zu ziehen.

Was hilft es, wenn der Reichskanzler wiederholt, was wir von der agrarischen Presse zum Überdruß gehört haben, nämlich, daß die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft ein Lebensinteresse des deutschen Volkes ist, wenn das Lebensinteresse des Volkes durch die Hintertreibung von Lebensmitteln so sehr geschädigt wird, und die Gefahr der Unterernährung immer mehr aufwacht! Das Lebensinteresse der Landwirtschaft und ihre Leistungsfähigkeit wird durch die im Schleichhandel erworbenen Wucherpreise nicht gefördert. Der unverdiente Gewinn kommt nicht zur Intensivität der Landwirtschaft, der die überhöhten, amtlich festgesetzten Preise schon reichliche Gewinne bringen.

Und wie mutet es an, wenn der Reichskanzler die Bevölkerung zum gemeinsamen mit der Regierung geführten Kampfe gegen den Schleichhandel aufruft, wenn das veraltete Vorgehen der Regierung, den landwirtschaftlichen Produzenten die Waren zum Schleichhandel beizubehalten, anstatt sie mit festem Griff der gleichmäßigen Verteilung zu ertüchtigen Preisen zuzuführen! Nach solchem Vorgehen ist der Schleichhandel nicht zu unterbinden, es ist vielmehr ein Anreiz dazu. Und wenn der Reichskanzler jähmnd versichert, „der Wucher und der Schleichhandel, die häßlichsten Verleumdungen der Kriegswirtschaft, werden mit allem Nachdruck bekämpft.“ so weiß das ganze Volk doch, daß erstens die ungenügende Kriegswirtschaft am Wucher und Schleichhandel Vorden bereitet und daß, zweitens, deshalb die Bekämpfung dieser Schandlichkeiten erfolglos sein muß.

Die völlige Wirkungslosigkeit des Vorgehens gegen den Wucher sagten wir voraus, als der Lebensmittel-Diktator v. Batocki unter großen Worten kam, weil auch er am System nicht gründlich änderte und darum wegen Erfolglosigkeit wieder abtreten mußte. Genau so geht es mit dem jetzigen „Diktator“ v. Walldow. Aber der Reichskanzler entschließt sich trotzdem nicht zur Veränderung des Systems.

Die Vertreter der Gewerkschaften sagten ihm doch deutlich, wo der Hebel angelegt werden müßte und daß es höchste Zeit sei, zu bessern und daß mit schönen Worten nicht zu helfen sei. Wo ist denn nun in den beschwichtigenden Worten des Reichskanzlers etwas zu finden, das positive Veränderung verspricht?

Alle Lebensmittel erfassen, die fleischlosen Wochen aufheben, mehr Kartoffeln geben, die „verrückte Preisgestaltung“ für Kleidung beseitigen, dem Schleichhandel den Boden nehmen, die Arbeitszeit verkürzen — das waren die positiven Vorschläge des Sprechers der Gewerkschaften. Nochmals fragen wir: Wo ist in der Antwort des Reichskanzlers eine Zusage zu finden?

Weiter wurde von den Vertretern der Gewerkschaften Beschwerde geführt, daß Belagerungsstand und Zensur auch schwer auf den Gewerkschaften und ihrer Presse lastet. Bei manchen Generalkommandos herrsche äußerstes Mißtrauen gegen die Gewerkschaften, nacheinander sozialistische Gesetze. Demgegenüber erwarten die Arbeiter Schutz ihrer Rechte.

Auf diese Beschwerde ist der Herr Reichskanzler in seiner schriftlichen Antwort nicht eingegangen. Nur in der mündlichen Auseinandersetzung gab der anwesende Staatssekretär des Innern, Wallraf, zu, daß Mißgriffe im Bereichs- und Versammlungsweisen und in der Zensur vorgekommen seien. In dieser Hinsicht können auch wir ein Liedchen singen. Nun sollen, wie Herr Wallraf versicherte, darüber mit den einzelnen Generalkommandos neue, entscheidende Besprechungen stattfinden. Wir sind gespannt auf den Ausgang derselben.

Es ist erklärlich, daß bei dieser Vorstellung auch die Frage des allgemeinen, gleichen Wahlrechts angeregt wurde. Dabei wurde dem Reichskanzler auf den Kopf zugelegt, seine Regierung habe die erhoffte Stetigkeit nicht gebracht und die unsichere, schwankende Haltung der Regierung verschlimmere die wirtschaftlichen Nöte. Ferner wurde verlangt, daß die bekannten internationalen sozialpolitischen Forderungen beim Friedensschluß nicht weiter vernachlässigt werden dürfen, wie das beim Ostfrieden geschehen ist. Nur energische Taten der Regierung könnten helfen.

Auf alle diese Beschwerden geht die schriftliche Antwort des Reichskanzlers nicht ein. Nur mündlich wiederholte der Reichskanzler, was er bereits im Parlament gesagt, daß er mit dem allgemeinen Wahlrecht, vom gleichzeitigen Spruch er nicht, — stehe und lasse. Das ist alles.

Sollen sich nun die Arbeiter damit zufrieden geben, daß bei der Vorstellung Oberst Braun vom Kriegsamt erklärte, die Arbeitszeitverkürzung werde ernsthaft geprüft; oder daß Staatssekretär v. Stein die Schwierigkeiten der Bekleidungsfrage schilderte; oder daß Staatssekretär v. Walldow eine Erhöhung der Kartoffelration nicht in Aussicht stellen konnte? Wer die Dinge unbefangen betrachtet, kann daraus nicht viel Hoffnung schöpfen. Erst Taten können auf die Arbeiter beruhigend wirken.

Taten! Taten! —

(In anderer Stelle dieses Blattes finden die Leser die Eingabe der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei an den Reichskanzler, ebenso dessen Antwort im Wortlaut abgedruckt.)

Der englische Gewerkschaftskongress.

Die englischen Gewerkschaften sind viel tiefer in die Kriegspolitik hineingezogen worden, als die deutschen. In Deutschland hat die Sozialdemokratie als Partei die Führung in der Politik, während die Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem wirtschaftlichen Gebiete dominierte. Der Krieg hat Abweichungen davon gebracht, aber es besteht das Bestreben, jene Tendenz der Arbeit für die deutsche Arbeiterbewegung beizubehalten.

In England mangelt es an einer einheitlichen politischen Vertretung der Arbeiterbewegung, weil die sozialistischen Ideen noch keine so weite Verbreitung unter der Arbeiterschaft gefunden haben, wie bei uns. Wohl ist zur Vertretung der Arbeiterschaft im Parlament eine Arbeiterpartei geschaffen worden, aber sie ist keine sozialdemokratische Partei, sondern ein Gemisch verschiedener, aber auch sozialistischer Parteidogmen, wie auch in der Trades-Union diese Verschiedenheit besteht.

Während des Krieges hat sich nun auch für die englischen Arbeiter — denn in der Partei selbst er-

geben, mehr Einfluß auf die Politik des Landes und der Regierung zu gewinnen. Das ist nun auch auf die verschiedenste Art geschehen. Natürlich konnte das unter den geschilderten Umständen nicht ohne starke Rückwirkung auf die Trades-Unions bleiben, daher befaßten sich ihre Vorstände sowie Kongresse mehr mit Politik als sonst.

Je nach dem Einfluß, den Demokraten, Liberale oder Konservative auf die einzelnen Gewerkschaften resp. ihre Führer haben, ist auch die Politik derselben gerichtet. So hat neuerdings der Leiter der Trades-Unions, der Secleite, Havelock Wilson, ostentativ für die Gründung einer neuen kriegstreiberischen Arbeiterpartei gewirkt, um die bestehende Arbeiterpartei zu spalten. Dazu nahm der Gewerkschaftskongress, der in der ersten Septemberwoche tagte, Stellung.

Die Debatte über den auf die Gründung einer neuen Arbeiterpartei gerichteten Antrag Wilsons war sehr gereizt, aber der Antrag wurde mit erdrückender Mehrheit abgelehnt. Das schließt nicht aus, daß Wilson seine Kriegstreiberie fortsetzt, ohne Aussicht allerdings, die englische Arbeiterschaft außerhalb seiner Gewerkschaft mit fortzureißen.

Der Kongress dagegen hat sich auf den Boden der Politik des Präsidenten der Vereinigten Staaten Amerika, gestellt und besonders seine Sympathie für einen Völkerebund ausgesprochen, durch den man künftig drohende Kriege zu verhindern hofft. Es lohnt nicht, die verschiedensten Meinungen über den Krieg, die in der Debatte zum Ausdruck kamen, zu zergliedern, hier trat, wie auch anderwärts, sehr viel Unklarheit zutage. Außerdem sind die Berichte darüber sehr ungenau.

Rein politisch nahm der Kongress auch Stellung zur Home Rulefrage in Irland. Und zwar faßte er einstimmig einen Beschluß zugunsten der Home Rule (Selbstverwaltung, Heimregierung) für Irland.

In den wirtschaftlichen Fragen trat die Debatte und die Entscheidung über den Freihandel bedeutsam hervor. Es wurde stark betont, daß der wirtschaftliche Friede der Götter des Völkerebundes sei, daß aber die Regierung für eine Tarifreform eintrete, die einer gefährlichen Schutzpolitik die Wege ebne. Zollpolitik erzeuge Differenzen, die zum wirtschaftlichen Kriege führen, das sei mit dem Völkerebund unverträglich. Diese vernünftige Ansicht behielt im Kongress die Oberhand, obwohl von mehreren Seiten eine Abwendung vom Freihandel gefordert wurde.

Bemerkenswert ist der demagogische Versuch, die Arbeiterinteressen mit dem Schutz Zoll zu verquicken, wie das auch oft bei uns versucht worden ist. Aber der Hinweis, daß die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege die Schutz Zölle zur Sicherung der Lebensbedingungen der englischen Arbeiterschaft notwendig machen könnten, fiel ab. Mit der großen Mehrheit von 2711 000 Stimmen gegen 591 000 wurde eine Resolution zugunsten der Aufrechterhaltung des Freihandels angenommen.

Die politische und wirtschaftliche Stellung der englischen Gewerkschaften wird praktisch zum Ausdruck kommen bei den nächsten Wahlen für das Parlament (Unterhaus). Wie gemeldet wurde, habe sich die Regierung für die baldige Auflösung des Unterhauses und Neuwahlen entschlossen. Die organisierten Arbeiter, also die Trades-Unions, wollen diesmal keine Anlehnung an bürgerliche Parteien bei den Wahlen vornehmen, sondern selbständig auftreten, um eine starke Vertretung der Arbeiterpartei ins Unterhaus zu bringen. Darüber sind speziell die Liberalen, die in den Trades-Unions starke Unterstützung fanden und früher Kandidaten derselben auf den Schild erhoben, nicht sehr erbaut.

Haben die Liberalen früher selbst mit dazu beigetragen, Politik in die Trades-Unions zu tragen, um politischen Gewinn daraus zu ziehen, so kann sich das nur als gefährlich für sie selbst erweisen. Zwar ist nicht zu befürchten, daß die Trades-Unions und ihre Politiker allesamt auf den Boden der sozialistischen Forderungen treten, das tun sicher die wenigsten, aber der Zusammenschluß der Arbeiter zu einer eigenen Interessenpartei bringt ein Gefüge, in dem das Ausgleiten einzelner zum Nutzen der bürgerlichen Parteien schwerer wird. Dieses Gefüge bietet aber einen guten Boden für sozialistische Propaganda, und das ist's, was den herrschenden Parteien am meisten Kopfschmerzen macht.

Daß der Krieg mit seinen Folgen die Entwicklung zur Vertretung der Arbeiterinteressen und damit auch die Propaganda für den Sozialismus fördert, wird auch der eingeselekteste Kapitalist einsehen, obgleich unter dem Belagerungsstand alles getan wird, die sozialistisch denkenden Arbeiter der einzelnen Länder, sowie in den einzelnen Ländern, nicht zusammen kommen zu lassen. Ideen brechen sich aber Bahn und überspringen alle Schranken. Nach dem Kriege wird um so eifriger

und erfolgreicher für die Vereinigung der gleichdenkenden Arbeiter aller Länder gereicht werden. Von der Arbeiterpartei eines Landes zum anderen wird die Verbindung um so wichtiger sein, je stärker die Arbeiterparteien der einzelnen Länder sind. Und so ist zu wünschen, daß die Entschiedenheit des englischen Gewerkschaftskongresses für eine große selbständige Arbeiterpartei den Erfolg haben möge, den man von ihr erwartet.

Bekanntmachung.

betreffend Aenderung der Verordnung über Rohtabak vom 10. Oktober 1916.

Vom 19. September 1918.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 8 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen ufm. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 827) folgende Verordnung erlassen:

I. Die Verordnung über Rohtabak vom 10. Oktober 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1143) wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Als Tabak im Sinne dieser Verordnung gelten un- bearbeitete und bearbeitete Tabakblätter sowie Gipseltriebe (Röfse), Seitentriebe (Geize), Tabakstrünke, Tabakrippen (Tabakstengel) und Tabakabfälle.

Im § 2 Abs. 1 ist nach den Worten: „Die Vorräte an un- bearbeiteten und bearbeiteten Tabakblättern inländischer Herkunft sowie an“ an Stelle der Worte „Tabak- rippen, Tabakstengel“ zu setzen: „Gipseltrieben (Röfse), Seitentrieben (Geizen), Tabakstrünken, Tabakrippen (Tabak- stengel)“.

Im § 2 Abs. 3 ist an Stelle der Eingangsworte: „Tabakrippen, Tabakstengel und Tabakabfälle“ zu setzen: „Gipseltriebe (Röfse), Seitentriebe (Geize), Tabakstrünke, Tabakrippen (Tabakstengel) und Tabakabfälle“.

II. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Ver- kundung in Kraft.

Berlin, den 19. September 1918.

Der Reichskanzler.

In Vertretung:

Freiherr von Stein.

Zur Unterstützung erwerbsloser Tabakarbeiter.

Vom Gauleiter Kollegen Fackelberg geht uns folgender Bericht zu:

Bis zum 20. September haben auf mein Mahn- schreiben nach folgende Gemeindevorstände geantwortet: Carlshafen schreibt, daß für arbeitslos werdende Tabakarbeiter genügend Arbeit in anderen Industrien vorhanden sei.

Osternburg b. Oldenburg antwortet, daß Für- sorgeeinrichtungen zurzeit nicht nötig seien.

Heizendorf b. Kiel schreibt, daß die Sache dort nicht in Frage komme.

Landgemeinde Barel verspricht, bei etwa vorkommenden Fällen den Tabakarbeitern weitgehendste Fürsorge.

An die Städtische Hilfsstelle in Hannover habe ich ein Gesuch gerichtet, einem Zigarrenarbeiter, der in- folge seines Körperzustandes in keinem andern Berufe Arbeit finden kann und nur 15 M. pro Woche Unter- stützung bekommt, Dreiviertel seines Verdienstes zu be- willigen.

Wie die Auffassung höherer Behörden über die Kriegswohlfahrtspflege für Tabakarbeiter ist, zeigt die Antwort des Regierungspräsidenten von Lüneburg, an den ich mich beschwerdeführend über den Magistrat von Harburg a. d. Elbe gewandt hatte. Dort sind drei verheiratete Zigarrenarbeiter längere Zeit arbeitslos gewesen; der Magistrat lehnte Unter- stützungen ab, da keine Bedürftigkeit vorliege. Ich lasse die Antwort des Regierungspräsidenten auf meine Ein- gabe im Vorlauf folgen, da sie für die Auffassung vieler höherer Instanzen typisch ist. Das Antwortschreiben lautet:

Lüneburg, den 13. September 1918.

Auf Ihre Beschwerde vom 6. v. M., gerichtet gegen den Ihnen unter dem 2. v. M. von dem Magistrat zu Harburg erteilten Bescheid, betreffend die Gewäh- rung von Erwerbslosenunterstützung an mehrere infolge der Tabakknappheit beschäftigungslos gewordene Tabak- arbeiter, erwidere ich Ihnen, daß ich mich nicht in der Lage sehe, das Verfahren des Magistrats zu Harburg zu beanstanden.

Durch Erlass des Herrn Ministers des Innern ist ausdrücklich angeordnet, „daß die für die Erwerbslosen- fürsorge in der Textilindustrie und einigen anderen Industrien aus besonderen Gründen getroffenen Be- stimmungen über die Gewährung erhöhter Beihilfen auf die Fürsorge für die Tabakarbeiter nicht auszudehnen sind. Es müsse vielmehr dabei verbleiben, daß die Fürsorge der Gemeinden und Gemeindeverbände für erwerbslos ge- wordene Arbeiter der Tabakindustrie lediglich in dem für die allgemeine Erwerbslosenfürsorge vorgesehenen Maße mit Reichs- und Staatsmitteln unterstützt wird.“ Die unterschiedliche Behandlung der Arbeits- oder Textil- industrie und einiger anderer Industrien findet ihre Begründung darin, daß es mit Rücksicht auf die Kon- kurrenzfähigkeit der deutschen Exportindustrie nach dem Kriege im öffentlichen Interesse unbedingt verhindert werden muß, daß in wichtigen Zweigen derselben die Stämme gelernter Arbeiter sich anderen Beschäftigungen zuwenden, eine Rücksicht, welche für die Tabakarbeiter nicht geltend gemacht werden kann, so daß keine Ver- anlassung besteht, ihnen vor anderen Erwerbslosen eine bevorzugte Stellung einzuräumen. Es kann also nur derjenige Tabakarbeiter unterstützt werden, der ander- weit keine Arbeit finden kann, dadurch hilfsbedürftig geworden ist und in dem Maße, wie ihm sonst Er-

werbslosenfürsorge zuteil werden würde. Diesen Ge- sichtspunkt hat der Magistrat zu Harburg durchaus mit Recht bei seiner Entscheidung in den Vorder- grund gestellt.

Von den drei von Ihnen angeführten Fällen scheidet zunächst der Fall David als noch nicht erledigt aus. Der Tabakarbeiter Becker bezieht Familien-Unter- stützung, da sein Schwiegersohn im Felde steht und außerdem Altersrente. Daß eine Gesamteinnahme von 84 M. 80 P. monatlich eine Aufbesserung zumal bei den heutigen Lebensverhältnissen erwünscht erscheinen läßt, verkenne ich nicht, kann aber in Übereinstimmung mit dem Magistrat nicht anerkennen, daß bei Familien- unterstützung außerdem eine Erwerbslosenfürsorge ver- langt werden könne, da die Familienunterstützung nach Maßgabe der Bedürftigkeit gewährt wird und eine Mehrzweckverwendung aus öffentlichen Mitteln eine ungerech- fertigte Bevorzugung gegenüber anderen Erwerbslosen bedeuten würde. Der gleiche Gesichtspunkt veranlaßt mich auch bezüglich des dritten Falles Vock, dem Standpunkt des Magistrats zu Harburg beizutreten. Von einem Wochenverdienst von 88 M. müssen un- zählige gleich zahlreiche Familien ihren Lebensunterhalt bestreiten, ohne daß ihnen aus öffentlichen Mitteln eine Aufbesserung zugewendet werden kann. Ich bin daher auch in diesem Falle nicht in der Lage, dem Magistrat eine Aenderung seiner Stellungnahme anzurathen.

Der Regierungs-Präsident.

In Vertretung

Schulmann.

Zu dem dritten Falle Vock bemerke ich, daß er für seine Frau zu sorgen hat und daß seine drei erwachsenen Töchter bei ihm wohnen, die insgesamt 88 M. pro Woche verdienen. Von diesem Verdienst gehen zunächst die Bei- träge der Töchter für Kranken- und Invalidenversicherung ab, sodann Steuern für vier Personen und die Miete, so daß 65 M. übrigbleiben; hiervon sollen fünf erwachsene Personen in einem Ort, in welchem großstädtische Ver- hältnisse herrschen, leben. Magistrat und Regierungs- präsident scheinen auch die Alimentspflicht der Kinder den Eltern gegenüber so aufzufassen, daß erstere alles, was sie verdienen, herzugeben haben. Woher die Kinder dann die Ausgaben für Kleider usw. bestreiten sollen, kümmert die Behörden nicht.

Die engherzige Auffassung, wie sie aus dem Schreiben des Regierungspräsidenten spricht, herrscht leider fast all- gemein bei den Behörden. So erklärt es sich, daß die Unterstüßungsfrage der Tabakarbeiter in den meisten Gemeinden nicht vom Flecke kommt.

Wir möchten dazu bemerken, daß der Standpunkt des Magistrats zu Harburg und des Regierungspräsidenten zu Lüneburg unhaltbar ist. Es besteht tatsächlich die Ab- sicht, die Unterstüßungen für erwerbslose nicht ander- weitig zu beschäftigende Tabakarbeiter über das Maß der allgemeinen Kriegswohlfahrtspflege hinauszuhoben. Das geht aus der Antwort des Reichskanzlers vom 30. März 1918 an die Mindener Kriegszentrale anlässlich der Vereinstellung von sechs Millionen Mark für die arbeitslosen Tabakarbeiter hervor. Es heißt darin: „Den Entschluß der Zentrale, für die Unterstüßung erwerbsloser Tabakarbeiter und für Arbeitsnachweiszwende so erhebliche Beiträge bereitzustellen habe ich freudig begrüßt und die Bundesregierungen ersucht, den in Betracht kommenden Gemeinden und Gemeindeverbänden Kenntnis von dem Vorhaben zu geben und nachdrücklich auf das Zustandekommen von Erwerbslosen- Fürsorgeeinrichtungen hinzuwirken.“

Nun fragen wir: Würde es besonderer Für- sorgeeinrichtungen bedürfen, wenn für erwerbslose Tabak- arbeiter schlechthin die allgemeine Fürsorge gelten sollte?

Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

Hamburg. Die Firmen W. Reichardt, Frau A. Müller und Frau Schnoor erhöhten die Lohn- zulage auf 100 Prozent.

Altona. Die Firma D. L. Petersen u. Co. erhöhte die Teuerungszulage für Zigarrenarbeiter auf 75 Prozent, für Sortierer auf 60 Prozent.

Wedel. Die Firma Wilh. Werner bewilligte 100 Prozent Lohnzulage.

Ketbed. Die Firma Casar Peters erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.

Harmstedt. Die Firma Joh. Rathlen erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.

Sersbed bei Bargteheide. Die Firma Wilhelm Nuppenau bewilligte 100 Prozent Lohnzulage.

Reinfeld (Holstein). Die Firma W. Krüger er- erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.

Vorstedt bei Rendsburg. Die Firma G. Jund bewilligte 150 Prozent Lohnzulage.

Reidenfleth. Die Firma G. Meyer erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.

Reumünster. Die Firma G. Brauns bewilligte 100 Prozent Lohnzulage.

Schleswig. Die Firma Eigenberg u. Pesche erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.

Schwaan (Meckl.). Die Firma Carl Schwebke bewilligte 80 Prozent Lohnzulage.

Pütz (Meckl.). Die Firma Carl Wöfe bewilligte 100 Prozent Lohnzulage.

Bargdam. Die Firma D. L. Petersen u. Co. erhöhte die Lohnzulage auf 75 Prozent.

Verden. Die Firmen Engelhardt u. Bier- mann, Bellmer u. Co., Harms u. Großmann und G. Braje u. Co. erhöhten die Teuerungszulagen für Zigarrenarbeiter auf 75 Prozent, für Sortierer auf 50 Prozent.

Rastum. Die Firma Heinz Wiggers erhöhte die Lohnzulage auf 75 Prozent.

Harstedt. Die Firmen Witwe Dusenack und Joh. Hoffmann erhöhten die Lohnzulage auf 75 Prozent.

Uster. Die Firma Wilh. Wichmann bewilligte Lohnzulagen von 75 Prozent.

Barenburg. (Hannover). Die Firma F. Kauf- mann erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.

Wagenfeld. Die Firma W. Friedhoff bewilligte eine Lohnzulage von 100 Prozent.

Hannover. Die Firma Joh. Ahrens bewilligte 100 Prozent Lohnzulage.

Bildesheim. Die Firma W. Buschbaum be- willigte 85 bis 90 Prozent Lohnzulage.

Goldstedt b. Uelzen. Die Firma Wilh. Schön- dube bewilligte 80 bis 110 Prozent Lohnzulage.

Merzhausen. (Braunschweig). Die Firma Wilh. Kuhlmann erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.

Seppenheim. Die Firmen Thorbecke u. Co., L. u. J. Klaffen, Eduard Strauß, Herm. Müller und Agrikola Schöne haben 75 Prozent Teuerungszulage bewilligt, die Firma Th. Karnag bewilligte 100 Prozent.

Bad Orb. Die Firma Gebr. Löss bewilligte 75 Prozent Teuerungszulage.

König. Die Firma Grundmann u. Altschul erhöhte die Teuerungszulage auf 75 Prozent.

Wurzburg. Die Firma Grundmann u. Altschul hat 75 Prozent Teuerungszulage bewilligt.

Malitz. Die Firma J. Jennwein bewilligte 75 Prozent Teuerungszulage.

Videnbach. Die Firma W. Stahl bewilligte 100 Prozent, die Firma W. Schüler 85 Prozent Lohn- erhöhung, die Firma Thorbecke u. Co. 75 Prozent Teuerungszulage.

Edenlohe. Die Firma Knippenberg u. Vinden- hat die Teuerungszulage auf 75 Prozent erhöht.

Mühlbach. Die Firmen Hochenheimer u. Schöne, Gebr. Maner, Löwe u. Gschelmann, Jakob Meff und Wolf u. Sohn erhöhten die Teurungs- zulage auf 75 Prozent.

Hochheim. Die Firmen Rieger u. Co., Hochen- heimer u. Sohn und Hochenheimer u. Schöne erhöhten die Teuerungszulage auf 75 Prozent.

Tresden. Nachstehende Firmen erhöhten die Teurungs- zulage auf 75 Prozent: G. Leber, G. Fiedler, J. Leppin, G. Paul, A. Viehert, M. Thiemer, A. Schulte und W. Leuchner (Gorbig).

Großenhain. Die Firma Geyer u. Co. erhöhte die Teuerungszulage auf 100 bis 120 Prozent. Bei Ver- arbeitung von deutschem Tabak wird außerdem ein Zu- schlag von 3 M. für das Tausend gezahlt.

Oberottendorf. Die Firma Ernst Heintze in Langbuckersdorf erhöhte die Lohnzulage auf 100 Prozent.

Mühlberg. Die Firma Ernst Alandt erhöhte die Teuerungszulage auf 75 Prozent.

Wangen. Die Firmen Klemm u. Lorenz, Geipel u. Koch, Herm. Winkler und Herm. Gerlich erhöhten die Teuerungszulage auf 75 Prozent. Die Firma Emil Dieble gewährte eine Lohnzulage von 100 Prozent.

Seifenwerder. Die Firmen R. Paul und G. Wenzel (Sohland) erhöhten die Teuerungszulage auf 75 Prozent.

Görsch. Die Firma Herm. Dertel erhöhte die Teuerungszulage auf 75 Prozent.

Rawitsch. Die Firmen Siegfried Aber und Hugo Aber, die den Rollern 80 Prozent und den Wickelmachern 100 Prozent bewilligt haben, haben ihren Sitz in Rawitsch, nicht in Wilhelmshagen, wie irrtümlich berichtet war.

Das Gewissen des Kollegen G. W. Perkins.

II.

Wir haben keine Veranlassung, dem Kollegen Perkins Vorschriften über seine Stellung zum Kriege zu machen, wenn er aber gleich seinem Freunde Gompers meint, daß das kapitalistische und autokratische Amerika herufen und säßig sei, uns Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit zu bringen, so ist er sehr im Irrtum. Es ist eine verfehlte Auffassung, amerikanisch mit demokratisch, deutsch mit autokratisch gleichzusetzen. Wir Arbeiter in Deutsch- land wissen sehr wohl, was autokratisch bei uns ist, wissen aber auch, was undemokratisch in Amerika. So sehr wir auch manche rückständige Einrichtung in Deutschland beklagen und bekämpfen, glauben wir doch aus allen Er- scheinungen des öffentlichen Lebens hüben und drüben wahrgenommen zu haben, daß der Geist sozialer Gemeinschaft trotz alledem das Leben in Deutschland mehr als in Amerika beherrscht. Am Ende liegt es an der grund- räglichen Auffassung, die wir und Perkins von Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie haben, daß wir nicht zu einer übereinstimmenden Beurteilung der Verhältnisse in Deutschland und Amerika kommen. Wir denken vielleicht, wenn wir von Freiheit, Gerechtigkeit und Demo- kratie reden, mehr an soziale Aufgaben, während Perkins und viele Amerikaner aufeinander mehr an die politischen Verhältnisse und an das möglichst men- gehemmte Ausleben des Einzelindividuums denken. Das wir einen Vergleich auf dem Gebiete der sozialen Ge- rechtigkeit und Demokratie mit Amerika nicht zu scheuen brauchen, steht für uns fest; eben so fest steht aber auch, daß Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie politisch im Staatsleben Amerikas keine größere Rolle spielen als bei uns, obwohl in manchen täglichen Dingen die persönliche Freiheit dort größer ist. Kapitalistisch wird in beiden Ländern gewirtschaftet und regiert und es ist nicht zweifel- haft, wo die Arbeiterchaft den Zusammenhang der Dinge am klarsten begriffen hat und deshalb befreit ist, die Ursachen aller Autokratie, Unfreiheit und Ungerechtigkeit

zu beteiligen, wie es uns auch nicht zweifelhaft ist, wo der Erfolg am größten ist.

Im übrigen glaubt Perkins selbst an die Erfolge der deutschen Arbeiter im Kampfe gegen die Autokratie, denn in dem Artikel in „The International Bookbinder“ sagt er selbst: „Als die deutsche Regierung sah (er schreibt vorher von der Unterdrückung der Gewerkschaften mit Hilfe des Sozialistengesetzes), daß die Arbeiter sich nicht einschüchtern ließen, erteilte sie ihnen widerwillig die Erlaubnis, sich zu organisieren, aber unter so vielen Beschränkungen, daß es den Arbeitern unmöglich war, ihre Ansichten zu äußern.“ Daß die deutschen Arbeiter sich auch ferner nicht einschränken ließen, bezeugt Perkins selbst durch seine Schilderung der Macht der deutschen Gewerkschaften in Nr. 12 des Cigar Makers Journal von Dezember 1918.

Perkins war Vertreter des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes auf der Konferenz der internationalen Gewerkschaftssekretäre in Zürich. Seine Erfahrungen und Eindrücke gibt er in einem Vortrage wieder, den er auf einer Zusammenkunft von Vertretern der Federation of Labour in Seattle gehalten hat, der auch als Flugblatt herausgegeben und im „Cigar Maker Journal“, dessen Redakteur Perkins ebenfalls ist, abgedruckt worden ist. Der Vortrag behandelt ausführlich die Verhältnisse der deutschen Gewerkschaften, wie denn auch gelegentlich ein Urteil über die allgemeinen Verhältnisse in Deutschland eingeflochten ist. Den ganzen Bericht abzuzeichnen, ist nicht möglich, ist auch nicht nötig, da das rein Tatsächliche an Zahlen und Einrichtungen unseren Lesern bekannt ist; uns liegt es daran, das Urteil Perkins' von damals und jetzt zum Vergleich zu stellen. Das Hervorheben einzelner Sätze durch Sperrdruck ist durch uns geschehen. Perkins von damals sagt nun:

„Alles in Betracht gezogen, hat Deutschland eine gut entwickelte Gewerkschaftsbewegung; sie ist so interessant, daß ich beabsichtige, sie einer Besprechung zu unterziehen, nicht, um im einzelnen zu kritisieren und zu loben, sondern um Vergleiche zu ziehen, mehr noch, um im Einzelnen das Vertrauen zu festigen, welches ich in bezug auf die amerikanische Gewerkschaftsbewegung habe, wie sie gepflegt und entwickelt wurde durch die Federation of Labour und ihrer Führerschaft; es mag uns aber auch zur Warnung dienen, damit wir die für uns aufgestellten Fallstricke vermeiden.“

Ich studierte die Arbeiterbewegung in Deutschland mit größerer Aufmerksamkeit, als in irgendeinem anderen Lande und sah und lernte viele interessante Sachen, was natürlich in diesem Bericht nicht alles enthalten ist.“

Aus amtlichen Aufstellungen und Berichten ist zu ersehen, daß in Deutschland in den letzten Jahren ein außerordentlicher Fortschritt gemacht wurde auf ökonomischem und industriellem Gebiet. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in geradezu wunderbarer Weise vermehrt. (Folgen längere Ausführungen über die Mitgliederzahlen, Einnahmen und Ausgaben, Lohnbewegungen usw. der deutschen Gewerkschaften, dabei werden die riesigen Fortschritte hervorgehoben.)

Perkins gibt dann eine meistens zutreffende Schilderung der Hausindustrie und dann folgend eine lobende Beschreibung der Gewerkschaftshäuser, die er einzurichten auch den amerikanischen Gewerkschaften empfiehlt. Er fährt dann fort: „Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland hat durch diese Heime und andere gewerkschaftliche Tätigkeit für die arbeitende Klasse, Männer und Frauen, eine Wiedergeburt geschaffen, die Trunkenheit praktisch beseitigt. In ökonomischer und sozialer Hinsicht sind die Arbeiter bedeutend besser gestellt. Mit wundervoller weit aussehender Schritten setzen sie ihren Weg vorwärts, mit einer Schnelligkeit, daß, wenn nichts dazwischen kommt, sie in kurzer Zeit die Gewerkschaftsbewegung in jedem andern Teile der Welt weit überholt haben werden.“

Perkins spricht dann kurz von der Genossenschaftsbewegung in Deutschland und hebt ausdrücklich „ihre wundervollen Fortschritte“ hervor. Er fährt dann fort: „Da ist in den Reihen der deutschen Gewerkschaften wirklich mehr Konservatismus von der rechten Art als bei vielen der amerikanischen Gewerkschaften. In Deutschland werden die Streiks in der Mehrzahl mit Erfolg zu Ende geführt, wie ich schon an anderer Stelle ausgeführt habe. Das zeigt uns konservative Tätigkeit und gute Führerschaft, während in Frankreich das Wort Konservatismus verabscheut wird und die Streiks, wie ich schon gezeigt habe, gewöhnlich ohne Erfolg enden.“

Sodann geht Perkins auf die Industrieverbände ein und gibt seine Meinung über das Verhältnis der freien Gewerkschaften zu den christlichen Kunds, wie er sich auch ausläßt über das Verhältnis der freien Gewerkschaften zur Sozialdemokratischen Partei, bei welcher Gelegenheit er betont, daß die Gewerkschaften mit Einschluß der Sozialisten Gegner des Generalstreiks seien. Dann heißt es wieder:

„Die ganze Arbeiterbewegung in Kontinental-Europa wird durch Deutschland beeinflusst. Die Gewerkschaftsbewegung ist nach amerikanischem und englischem Muster eingerichtet, und das ist gut so. Die büffeln, den, arbeitsamen und gründlichen Deutschen haben bei ihrem Fleiß, bei ihrem Vertrauen in die Gewerkschaftsbewegung eine Führerschaft entwickelt, welche die ganze Arbeiterbewegung in Kontinental-Europa beherrscht.“

Ferner: „Die wundervollen Fortschritte, welche die deutsche Gewerkschaftsbewegung gemacht hat, wurde gegen schreckliche Übermacht von außen und schwere innere Hemmnisse gemacht.“

Im Anschluß an diese Aeußerung schildert Perkins den Kampf der deutschen Arbeiter und der Gewerkschaftsbewegung im besondern um ihre Erhaltung von der Zeit Versailles an, das an sich nicht weiter interessiert, aber er erklärt, wie sich die Gewerkschaften emporgearbeitet haben trotz aller Hemmnisse, um die Bemerkung daran zu knüpfen:

„Die Gewerkschaftsbewegung auf dem ganzen europäischen Kontinent, soweit sie abseits Deutschlands ist, wird dieselben raschen Fortschritte machen, sofern die Führerschaft sich entwickelt, die Unabhängigkeit der Bewegung erklärt und sie unter eigene Kontrolle nimmt.“

In weiterer Folge seiner Ausführungen weist Perkins den französischen, deutschen und englischen Gewerkschaften einen Haupterfolg bei den Bestrebungen, den aus Anlaß des Marokko-Konflikts drohenden Krieg zu verhindern, zu.

Und zum Schluß kommt Perkins, was nicht vergessen werden darf, nachdem er die deutsche Gewerkschaftsbewegung geschildert und unter dem Eindruck der bei uns gemachten Erfahrungen stand, zu folgenden Aeußerungen:

„Überall in Europa, und speziell auf dem Festlande, besteht ein bitteres Gefühl gegen stehende Heere; starker Protest wird dagegen erhoben. Die Ausgaben für die Erhaltung, speziell die Ausgaben für die höheren Chargen, sind in Deutschland geradezu erschreckend. Das gibt den Anlaß, daß viele Arbeiter für die sozialdemokratische Partei stimmen, größtenteils als Protest gegen das stehende Heer. Die sozialistische Partei ist die einzige Partei, die zum Militarismus in Opposition steht. Ich persönlich glaube, daß die stehenden Armeen nicht zu sehr zu dem Zweck gehalten werden, feindliche Invasionen abzuwehren, als vielmehr, die Arbeiter in Reibel zu halten, revolutionäre Aufstände, zu welchen die Zustände führen könnten, zu unterdrücken. Kontinental-Europa in seinem heutigen Bestand, steht auf einem Vulkan, überzogen mit einem dünnen Anstrich von Blumen, Gesang, Musik, Kunst, alten Gebäuden und alten Traditionen. Nehmt diese Sachen hinweg, so mag eine Eruption erfolgen, die die zivilisierte Welt bis in ihre Grundfesten erschüttert. Wo will es enden? Die Antwort ergibt sich aus der vorwärtsschreitenden Gewerkschaftsbewegung. Entwickelt diese sich so weiter, wird sie Ordnung in dieses Chaos bringen; sie wird Bedingungen schaffen, soweit es möglich ist, zu mehr gleichmäßigen Lebensverhältnissen; sie wird in das Leben der Arbeiter dieser sonst schönen Länder mehr Sonnenlicht, mehr Glückseligkeit bringen und die Möglichkeit und Fähigkeit, sich des Lebens zu freuen, wie es menschlichen Wesen bei vorgeschrittener Zivilisation zukommt.“

So, nun dürfen wir uns ja wohl die Frage erlauben: Dürfen wir den Perkins von 1918 oder den von 1918 glauben? Hat der Perkins des Friedens oder der Perkins des Krieges die deutsche Gewerkschaftsbewegung und ihre Führer gerecht und unvoreingenommen geschildert? Wir können nicht glauben, daß ein Mensch, der wie Perkins, die deutschen Arbeiter, ihre Gewerkschaftsbewegung und ihre Führer unter dem Eindruck des Erlebten so wohlwollend beurteilt, nachträglich darüber zum Grinsen kommen kann.

Meint Perkins im Ernst, daß eine Arbeiterbewegung, die sich so entwickelt hat, wie er es (1913) schildert, sich durch die Autokratie korrumpieren, durch eine heuchlerische Propaganda irreführen, sich falsche Führer ausdrängen und durch die Macht des Geldes diejenigen verführen läßt, die bestrebt sind, die Lage der Arbeiter zu verbessern? Hatte Perkins den Eindruck von der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1913 bei seinem Aufenthalt in Europa gewonnen, so mußte er als ehrlicher Mann bereits damals die deutschen, die amerikanischen, alle Arbeiter, besonders in Europa, warnen! Dann konnte und durfte er nicht so reden und schreiben, wie er getan hat.

Wir glauben, aus dem Bericht Perkins über seine Eindrücke in Deutschland deutlich genug sein Urteil über die Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung hervorgehoben zu haben. Es liegt eine Anerkennung ehrlichen Strebens und tüchtiger Leistung darin. Das war 1913. Nun kommt der Perkins von 1918, der doch aus den Erfahrungen, die er 1913 über die Deutschen gemacht hat auch jetzt nur schöpfen kann, und stellt die deutschen Gewerkschaften als korrumpiert, irreführt und verraten hin, schildert deren Führer als verblüfft und verblüdet! Dieser selbe Perkins, der 1913 die hohe Führereigenschaft der deutschen Gewerkschaften anerkannte, will sie nun, da seine Regierung unserer Regierung den Krieg erklärt hat, als mit dem Gelde der Regierung oder der Unternehmer bestochen, zu elenden Verrätern machen! Er Perkins, spielt sich auf als der arme, alle ehrliche amerikanische Seemann, der von den reich bestochenen deutschen Gewerkschaftsführern besoffen gemacht werden sollte um ihn dann — ja, was wollten sie eigentlich von ihm? Der Perkins von 1918 scheint zu fürchten, daß man ihn schon damals für die Mittelmächte meuchlings einsaugen wollte. Sollte Perkins sich nicht schämen, wenn er seinen Bericht von 1918 noch einmal durchliest und es mit folgendem Satz des Perkins von 1913 vergleicht? „Als es zum Zahlen kam, so hatten einige dieser Deutschen die Geldtase. Ich weiß nicht, woher sie das Geld hatten. Weht doch in die Sekretariate der deutschen Gewerkschaften, befehlt die Wohnungen der deutschen Arbeiter und seht zu, ob dort das Geld so umherliegt.“

Mit dem Perkins von 1918 mögen wir uns heute nicht mehr beschäftigen; wir gedenken in der nächsten Nummer unseres Blattes dem Manne den gebührenden Rest zu geben.

Gewerkschaften und Partei zur Ernährungsfrage.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften haben an den Reichslangler in der Frage des Ernährungswesens die folgende Denkschrift gerichtet:

Berlin, den 8. September 1918.

An Se. Excellenz den Herrn Reichslangler Grafen Dr. v. Hertling Berlin.

Exzellenz!

Die folgende Angelegenheit, die aus allen Teilen des Reiches aus den verschiedensten Verhältnissen wegen der unzureichenden Lebensmittelversorgung in bitteren Klagen und Forderungen an uns zum Ausdruck kommt, veranlaßt uns nochmals, die Aufmerksamkeit Eurer Excellenz auf die höchstbedeutenden Aufgaben zu lenken, unter denen die

breiten Massen des Volkes gegenwärtig zu leben gezwungen sind.

Wir haben diese Klagen wiederholt mündlich und schriftlich in eingehend motivierten Darlegungen Eurer Excellenz und Ihren Herren Vorgängern vorgebracht, dem Kriegsernährungsamt und dem Reichsamt des Innern übermittelt, ohne von letzterem in allen Fällen Antwort erlangen zu können. Leider fanden unsere Besuche in den meisten Fällen nicht genügend Beachtung, unsere ersten Warnungen, die wachsende Erbitterung durch ungenügende Maßnahmen nicht noch zu steigern, wurden in den Wind geschlagen. So sind die

Lebensverhältnisse des erwerbstätigen Volkes ständig schlechter geworden.

Jede Erhöhung des Lohnes, jede Lohnaufzusage war längst durch die gestiegenen Kaufkraft des Geldes wirkungslos gemacht. Die Politik des Kriegsernährungsamtes, die lediglich durch Preisbremsen eine Erhöhung der Produktion zu erzielen versuchte, führte gleich einer Schraube ohne Ende zu einer Verteuerung aller Lebensmittel, die mit den gestiegenen Produktionskosten nicht gerechtfertigt werden kann. Erzeuger und Händler sind trotzdem mit den Gewinnen noch nicht zufrieden. Während Millionen Männer auf dem Schlachtfeld ihr Blut dem Vaterlande geben müssen, werden ihre Angehörigen zur ewigen Schande unserer Zeit von eigenen Volksgenossen ausgebeutet, die durch schamlosen Wucher mit Lebensmitteln die letzten Kräfte der Armen verzehren. Arbeiter, Angestellte, Beamte und Angehörige des Mittelstandes leiden in gleichem Maße unter diesen Zuständen. Ihr Einkommen reicht nicht zum Einkauf der allernotwendigsten Lebensmittel. Die durch die öffentliche Vermarktung erzeugbaren Lebensmittel sind in ihrer Menge zu gering, um das Leben zu erhalten; so kann sich niemand dem Schleichhandel entziehen.

Für Kleidung, Schuhe, Wäsche, Haushalts- und Wirtschaftsgüter müssen Phantasiapreise gezahlt werden, die für die meisten unerschwinglich sind. Seit Jahren konnte hier vielfach keine Ergänzung erfolgen. Vergeblich wehren sich Erhaltungswille, Ordnungsliebe und Kleinlichkeitsbedürfnis gegen dieses Verhängnis. Alle Ersparnisse werden aufgezehrt, nur um das bloße Leben zu erhalten.

Mit dem Wirtschaftszusammenbruch geht der körperliche Kraftverfall Hand in Hand. Die lange andauernde Unterernährung bringt nicht nur eine erhöhte Sterblichkeit der Kinder und der alten Leute:

Frauen und Männer der Arbeiterklasse leiden gesundheitlich aufs schwerste.

Eine Verringerung der Ernährungsverhältnisse muß unter allen Umständen Platz greifen, wenn die Volksgesundheit dauernd nicht noch schwereren Schäden erliden soll.

Leider hat aber gerade die letzte Zeit mehrfache Verschlechterungen gebracht. Die Getreidepreise wurden erhöht und die Regierung bezeichnete die Erhöhung als eine solche, die sich durch für die Minderbemittelten „in erheblichen Grenzen“ bewege. Neben der

Preissteigerung stieg der Preis der so unentbehrlichen Nahrungsmittel,

z. B. der für Orlok von 32 auf 48 A. für Gruppen von 36 auf 44 A.; das ist eine Steigerung von 50 bzw. 25 Prozent. Zu der Veranschlagung der Brotration, die dauernd bleiben soll, kam die Kürzung der Fleischration und die Einführung fleischloser Wochen. So sind dem Volke neue Entbehrungen auferlegt. Die wohlhabende Bevölkerung verschafft sich mit Hilfe des Schleichhandels ohne Rücksicht auf dessen fortgesetzte Preissteigerung doppelte Vorräte und hält sich so über die fleischlosen Wochen und die sonstigen Entbehrungen hinweg. Die Armen und Minderbemittelten aber müssen vierzehn Tage — einen halben Monat! — ohne ein noch so kümmerliches Fleischgericht vegetieren. Die angesagten Ersatzmittel sind ungenügend und können die entgangene Fleischnahrung nicht ersetzen.

So sind Brot und Kartoffeln in steigendem Maße das Nahrungsmittel unserer Volksernährung geworden. Die Bevölkerung schneitens für die Verschlechterung minderkend

erhöhtes Maß von Kartoffeln

zu geben. Der Hinweis auf das reichliche vorhandene Gemüse genügt nicht, um diesen Anspruch zurückzuweisen. Sein geringer Nährwert, zumal bei fettloser Zubereitung, kann Fleisch und Kartoffeln nicht ersetzen, ganz abgesehen davon, daß so große Quantitäten nicht erhältlich oder bei den riesigen Preisen für die Minderbemittelten nicht erschwinglich sind.

Trotzdem besteht die Absicht, der Kartoffelversorgung des kommenden Jahres wieder das unzureichende Quantum von sieben Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche anzurufen zu legen. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes hat bekannt, daß diese Festsetzung als „vorläufige“ bis zur Feststellung des Ernteeergebnisses zu gelten habe. Dann solle geprüft werden, ob eine Erhöhung möglich sei. Genau die gleiche Erklärung, derselbe trübende Hinweis ist der Bevölkerung noch aus dem verflochtenen Jahr in Erinnerung. Trotz der glänzenden Kartoffelernte war damals eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund pro Woche nicht zu erreichen. Transportbeschwerden wurden als das Haupthindernis gegen die Erhöhung dieser Forderung ins Feld geführt. Jetzt wird der gleiche Einwand erhoben.

Im Volke ruft diese Aufständische neue Erregung hervor. Sollte seine Erbitterung sich in Formen entladen, die wir nicht wünschen.

trifft die ganze Schwere der Schuld allein die verantwortlichen Stellen des Reichs.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß im vergangenen Jahre die Bevölkerung mit der Nation von sieben Hund Kartoffeln nicht ankommen konnte. Der es eben konnte, hat sich darüber hinaus selbst mit Kartoffeln versorgt. Die „Transportverhältnisse“ des Kriegsernährungsamtes schufen eine ständige Konjunktur für den Schleichhandel, der die Schwierigkeiten spielend überwand. So zwangen organisatorische Unfähigkeit oder mangelnder Willen das vorhandene Volk, 20—30 % für den Seutner Kartoffeln zu zahlen. Die Eisenbahnen beförderten Tag für Tag Hunderttausende, die Kartoffeln in geringen Mengen in die Städte brachten. Die Folge war, gestiegene Belastung der öffentlichen Transportmittel und wirtschaftliche Not der Zuführung von Lebensmitteln.

Eine reichlichere Belieferung mit Kartoffeln wirkt dem Schleichhandel erfolgreich entgegen.

Das drastische Strafverbotungen niemals ergreifen konnten, wurde durch sie erreicht. Die Beibehaltung der Kartoffelration von sieben Hund muß die Bevölkerung als Begünstigung des Schleichhandels empfinden.

Bereits am 25. Januar 1918 erklärte Herr Professor Dr. Kuttner im Parlamentarischen Beirat des Kriegsernährungsamtes, daß eine Herabminderung der damals gegebenen Lebensmittel unerträglich und

eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund das Gebot unabweisbarer Notwendigkeit

wäre, um das Minimum zur Erhaltung von Gesundheit und Leben zu erreichen.

Seit jener Zeit ist, wie wir ausführten, die Brotration herabgesetzt, die Fleischration verfürzt, sind fleischlose Wochen eingeführt

worden und durch steigende Tenerung der Einkauf erschwert. Deshalb ist eine Erhöhung der Kartoffelration selbst auf 10 Pfund heute nicht mehr ausreichend, um den notwendigen Ausgleich herbeizuführen.

Wir müssen daher unsere Ersuchen aufs dringendste dahin veranlassen, daß alles geschieht, damit die gesamte Kartoffelernte von der öffentlichen Bewirtschaftung erfasst,

den geeigneten Maßnahmen die vorhandenen Transportverhältnisse bewahrt und eine wesentliche Erhöhung der Kartoffelration baldig durchgeführt wird.

Der Regierung ist die Stimmung in der Bevölkerung nicht unbekannt; sie darf ihr nicht gleichgültig sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir einen

Zustand entgegenstreben, der herabgefallen werden muß,

wenn die Regierung nicht endlich entschlossen ist, mit jeder Befähigung der Produzenteninteressen zu brechen und den Lebensbedürfnissen des Volkes Rechnung zu tragen.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Hr. Ebert.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
Karl Legien.

Die Antwort des Reichskanzlers.

Die Schwierigkeiten der Versorgung mit Lebensmitteln, von denen die Eingabe vom 9. Sept. 1918 handelt, werden von mir lebhaft mitempfunden. Seit die Absicht der Feinde, Deutschland durch Hunger zu besiegen, hervortrat, bildet sie den Gegenstand der besondern Aufmerksamkeit und Fürsorge der verantwortlichen Stellen. Mit den Unterzeichnern der Eingabe und allen Bevölkerungskreisen bin ich der Ansicht, daß alles geschieht muß, um die vorhandenen Nahrungsmittel möglichst gleichmäßig zu verteilen und die aus dem Steigen der Preise entstehenden Lasten zu mildern. Die mit der Versorgung betrauten Beamten sind, unterstützt durch einen aus Mitgliedern der Parteien des Reichstages gebildeten Beirat unab-

dingt in dieser Richtung bemüht. Als Grund für die Lärmen der Lebensmittel führt die Eingabe die Politik des Kriegsernährungsamtes an, die lediglich durch Preissteigerung eine Erhöhung der Produktion zu erzielen versucht. Diese Auffassung beruht auf irrigen Voraussetzungen. Die durch Abschneiden von Zufuhren bedingte Knappheit an Lebensmitteln und des sonstigen Lebensbedarfes wirkt im Zusammenhang mit dem Mangel an Arbeitskräften, wovon ein erheblicher Teil durch die Kriegsführung unmittelbar in Anspruch genommen ist, naturgemäß auf die Steigerung aller Preise hin. Die durch hohe Einnahmen und Löhne erhöhte Kaufkraft weiter Preise und die Vermehrung der Geldumlaufsmittel wirkten in gleicher Richtung. Demgegenüber war die Politik der Regierung von Anfang an darauf gerichtet, die Preise für die hauptsächlichsten Lebensmittel auf erträglicher Höhe zu halten, mit dem Erlöse, den die inländischen Preise, insbesondere für Getreide und Kartoffeln, durchwegs wesentlich billiger waren, als die des Auslandes und daß bei einem der wichtigsten Lebensmittel, der Kartoffel, der inländische Preis des Vorjahres in diesem Jahre in der Dautschke nicht behauptet werden können. Bei der Bemessung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse muß aber auf die schwerwiegende Rücksicht genommen werden, womit die Landwirtschaft während des Krieges zu kämpfen hat. Durch Einschränkung der Arbeitskräfte, Aushebung der Wehrde, Verringerung des Viehbestandes, Mangel an Dünger und sonstige Umstände sind ihre Betriebsmittel geschwächt. In der Leistung der Betriebe müssen die im Felde lebenden Männer vielfach von Frauen oder anderen ungebildeten Kräften vertreten werden. Die Schaffung von neuen Kräften und die Ernährung und Instandhaltung des Inventars ist, wenn überhaupt, nur mit sehr erheblichen Kosten möglich. Ohne die Leistungen der Landwirtschaft ist das Kriegslager verloren; die Ernährung ihrer Leistungskraft ist das Lebensinteresse des deutschen Volkes, das, wenn auch auf Verzicht der Einfuhr aus dem Osten geholt werden kann, in der Dautschke auf die eigenen Erzeugnisse angewiesen bleibt. Es ist daher nicht einseitige Berücksichtigung der Produzenteninteressen, wenn die verantwortlichen Stellen bei der Bemessung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse diesen Mehrkosten und Erhöhungen Rechnung tragen, sondern eine durch die Lage der Dinge gebotene, also im Interesse der Verbraucher wie Erzeuger liegende Maßnahme.

Dem Umstand, daß die Preise auch bei einem sorgfältigen Ausgleich der entgegenstehenden Interessen eine schwere Belastung weiter Preise, insbesondere der nicht zur Nahrungsmittelindustrie zählenden Arbeiter, des Mittelstandes und der Selbstbedienten bedeutet, wird durch Beihilfen und Auflagen aus öffentlichen Mitteln nach Möglichkeit Rechnung getragen. Die angegebenen Misse erreichte bereits den Betrag vieler Milliarden.

Wucher, Schleichhandel und die häufigsten Begleiterregelungen der Kriegswirtschaft werden mit allem Nachdruck bekämpft. Einen vollen Erfolg können die behördlichen Maßnahmen aber nur dann erzielen, wenn sie von allen Volksteilen in ihrer Bedeutung verstanden und unterstützt werden.

Die Ernährungsfrage war im abgelaufenen Wirtschaftsjahr im ganzen genommen ungewisser als im vorhergehenden. Auch im neuen Wirtschaftsjahr wird sie sich nicht ungünstig stellen. Die Annahme, daß die Abschaffung der Brotration eine dauernde sein soll, trifft nicht zu. Durch die Anordnung der Brotfütterung vom 1. Oktober wird die Möglichkeit gewahrt, wiederum die vorjährige Brotmenge auszugeben. Dagegen kann dem Wunsch, die Kartoffelration zu erhöhen, zu meinem großen Bedauern jedenfalls zurzeit nicht entsprochen werden. Die notwendigen Anordnungen und Maßnahmen zur Ersaffung des gesamten Ernteeüberschusses sind getroffen worden. Bevor aber die Ernte, für deren Ausfall die Witterung dieser Wochen von nachhaltigem Einfluß ist, sich nicht genügend übersehen läßt, kann die in Aussichtstellung einer höheren Wochenmenge nicht verantwortet werden. Grundsätzlich die Ernte, mehr als 7 Pfund zu geben, und gestattet die Transportlage das Abrollen der dadurch bedingten Mehrmengen, wird nicht geäußert werden, eine Erhöhung vorzunehmen. Der Hinweis, daß es im vergangenen Jahre vielerorts möglich gewesen ist, im Schleichhandel Kartoffeln über die öffentlich abgegebene Menge hinaus zu erwerben, beweist nicht, daß die Ernte und die Transportlage eine allgemeine Zuteilung von mehr als 7 Pfund erlaubt hätten. Der Mangel der Einzelnen, unterstützt durch das Vieten unerlaubt hoher Preise, wird es vielfach gelingen, die Mengen zu erfassen und zu festsetzen, die der öffentlichen Wirtschaft entgehen; es geschieht dies aber auf Kosten anderer, wie auch das vergangene Jahr zeigte, indem gerade in den Gegenden, aus denen im Schleichhandel Kartoffeln herausgezogen wurden, das Vierterungsloß nicht erfüllt werden konnte.

Die Schwierigkeiten in der Ernährung werden auch im kommenden Jahre nicht ganz vermindert werden können; sie werden aber, wie bisher, überwunden werden. Gegenüber allen Unzulänglichkeiten und Entbehrungen darf die gewaltige Lasten nicht vergessen werden, daß die Nahrungsmittel der Feinde dank der ergreifenden Maßnahmen gesichert sind. Gen.: von Dertling.

Verbandsteil.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (B. = Verbandsteil):
Am 13. September: Berlin B. 200.—, 14. Würzburg B. 150.—, Delitzsch B. 100.—, 15. Derlinghausen B. 150.—, Berlin B. 80.—, Bodenheim B. 500.—, Schwane B. 500.—, Wöln B. 18.89, Bura b. Mandeburg B. 100.—, 17. Berlin B. 900.—, 18. Dresden 2500.—, 19. Bremen B. 250.—, Tinsbach B. 80.—.
Die Bevollmächtigten werden ersucht, alle überflüssigen Gelder umgehend einzufenden.
Bremen, den 23. September 1918.
H. Nieder-Welfand.

Als verloren gemeldet:

Tresden. Das Mitgliedsbuch S. II. 19687 lautend auf Friedr. Franke aus Nordhausen, geb. 15. 1. 88, eingetreten am 4. 8. 1910, Kl. 2. Dieses Buch ist jetzt unauflöslich und ist im Vorgehenssalle an den Vorstand einzufenden. (S. 375/14 J. 18.)

Arbeitsmarkt.

Öffene Stellen.

Einige Koffer und Wickelmacher nach München (Bayern) guter Lohn und 75 % Teuerungszulage, für Wohnung wird priorisiert.
Nachfragen: Gewerkschaftsamt, Rumb. Klein, Seidelberg, Bergheimerstraße 82.
1 Zigarrenarbeiter oder Arbeiterin für aufnehmende Arbeit.
Nachfragen: Gewerkschaftsamt, Wiltz, Schlüter, Perfort (Westf.), Walgerstraße 49.

Sterbekasse für Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands in Hamburg.

Allgemeine Bestimmungen über die Wiederherstellung der Mitgliedschaft auf Grund der Bundesratsverordnung vom 20. Dezember 1917. (Reichs-Gezetzblatt Seite 1121.)

Sterbegeld-Versicherung.

§ 1.
Ist ein Mitglied nach dem 31. Juli 1914 aus der „Sterbekasse für Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands in Hamburg“ ausgeschieden, so kann es nach Wahrung der folgenden Bestimmungen die Wiederaufnahme in die „Sterbekasse für Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands in Hamburg“ verlangen.

§ 2.
Die Wiederaufnahme muß bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Beendigung des Krieges schriftlich beim Vorstande beantragt werden. Für Mitglieder, die durch Kriegsverhältnisse an der Einhaltung der Frist verhindert werden, endet die Frist erst sechs Monate nach dem Bestande des Krieges.

Reicht ein Mitglied entgegen der Bestimmung des Abs. 1 seinen Antrag trotzdem bei einer örtlichen Verwaltungsstelle (§ 7 Abs. 2 der Satzung) ein, so ist es dies auf seine Gefahr. In diesem Falle gilt als Tag der Abmeldung im Sinne des Abs. 3 der Tag, an dem der Antrag bei der örtlichen Verwaltungsstelle eingegangen ist. Dieser ist auf dem Antrag zu vermerken. Die Wiederaufnahme erfolgt vom Tage der Abmeldung des Antrages an ohne Prüfung des Gesundheitszustandes. Stirbt das Mitglied nach Abmeldung des Antrages, so gilt die Wiederaufnahme als erfolgt.

§ 3.
Am Tage der Wiederaufnahme hat das Mitglied nachzuweisen:
a) die rückständigen Beiträge,
b) die seit seinem Ausscheiden fällig gewordenen Beiträge,
c) die beim Ausscheiden gewährte Abgangvergütung.
Auf Verlangen des Mitgliedes sind die nachzuweisenden Beiträge bis zu fünf Jahren zu künden. Der Vorstand legt die Höhe und die Fälligkeit der nachzuweisenden Teilbeiträge fest.

§ 4.
Die Wiederaufnahme wird dem Mitgliede vom Vorstande schriftlich bestätigt.

§ 5.
Zahlt das Mitglied die schuldigen Nachzahlungen nicht trotz Aufforderung des Vorstandes, so treten die in der Satzung vorgesehenen Folgen ein.

§ 6.
Die allgemeinen Bestimmungen finden, soweit sie günstiger sind als die Satzungen oder die bereits getroffenen Vereinbarungen, auch Anwendung auf solche Mitglieder, denen aus Anlaß des Krieges bereits Stundung oder andere Erleichterungen ausstehen worden sind.

Der Vorstand,

Gen. S. Penz, Vorsitzender.

Genehmigt durch Verfügung vom 31. August 1918.

Das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung.

Im Vertretung:

Gen. Baugner.

(S. 6.) IV 42/2.

Gestorben:

Gestorben am 29. August der Rigarrenarbeiter August Hegwer aus G. 43 Jahre alt (Rahstette G. 43).

Am Kriegsdienst starb am 11. September zu Minden der Bekleber Georg Müller aus L. 27 Jahre alt (Rahstette L. 27).

Am 16. September starb zu Wintersdorf Minna Plager aus Wintersdorf.

Ehre ihrem Andenken!



Ca. 17 000 gebrauchte Wickelformen,
alle erdenklichen Fassons, teils wie neu,
zu sehr billigen Preisen am Lager.
Fordern Sie Zusendung der Musterbogen.
Heinrich Franck, Berlin N 54.
Rohtabakhandlung. Brunnenstrasse 22. Utensilien für Zigarrenfabriken.



L. Cohn & Co., Berlin N. Brunnenstrasse 24
Zigarillo-Formen
sowie die kleinsten bis größten Façons finden Sie in unserem
Modellbogen 214
Zusendung auf Verlangen umgehend kostenlos.
Wieder vorrätig:
Tragant-Ersatz, Cigarrenband